

4. Parlamentarische Initiative von Judith Ricklin, Pascal Schmid, Urs Schär, Ralph Wattinger vom 5. Juli 2023 "Keine Discountbussen bei Littering!" (20/PI 10/534)

Vorläufige Unterstützung

Präsident: Die Stellungnahme des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Darin macht der Regierungsrat nicht geltend, dass sich der Vorstoss auf einen Gegenstand bezieht, der schon als Ratsgeschäft anhängig ist oder dass der Gegenstand vom Regierungsrat als Vorlage vorbereitet und innerhalb des nächsten halben Jahres dem Grossen Rat vorgelegt wird.

Deshalb muss der Grosse Rat nun darüber entscheiden, ob er die Parlamentarische Initiative vorläufig unterstützen möchte. Das Wort haben zuerst die Initiantin und die Initianten.

Ricklin, SVP: Ich danke dem Regierungsrat für die Stellungnahme. Littering ist eine Plage. Diese Parlamentarische Initiative ist seit 2012 der fünfte Vorstoss zum Thema Littering. Bisher gab es dazu zwei Anfragen und zwei Interpellationen. Und es wird, unbeeindruckt von allen bisher lancierten Anti-Littering-Kampagnen, fleissig weiter "gelittert". Die Unsitte, Abfälle im öffentlichen Raum wegzwerfen oder liegenzulassen, ist besonders auf stark befahrenen Strecken ein immer grösser werdendes Problem und nimmt bedauerlicherweise weiterhin stark zu; so äusserte sich gerade im letzten Monat der Direktor des Bundesamtes für Strassen (ASTRA), Jürg Röthlisberger. Der Regierungsrat erwähnt selbst: Littering ist störend und kostenintensiv. Doch fehlt ihm der Mut, dieses Problem offensiv anzugehen. Er versteckt sich lieber hinter dem Problem des Vollzugs. Der Nachweis von Littering sei schwierig in der Praxis und aufwendig, da Litteringsünder in flagranti ertappt werden müssten. Stellen Sie mich ein, ich ertappe regelmässig Litteringsünder. Deswegen erachte ich dies als billige Ausrede. Ich sage Ihnen aber nun, wo das eigentliche Problem liegt: Das Ganze wird zu wenig ernst genommen. Wir schauen dazu einmal in den Kanton Aargau, wo die Litteringbusse bereits bei 300 Franken steht. Da erzählen zwei Polizisten, die regelmässig auf Patrouille gehen, dass halt 300 Franken schon eine hohe Summe sei, besonders für junge Menschen, und dass manche Kollegen Hemmungen haben, zum Bussenzettel zu greifen. Diese Aussage bestätigt sogar der Aargauer Regierungsrat. Das ist eigentlich eine Bankrotterklärung, und das Handeln ist unprofessionell. Bei Geschwindigkeitsübertretungen hat auch niemand Hemmungen, zum Bussenzettel zu greifen. Es sei nicht verhältnismässig, wird auch von unserem Regierungsrat in der Stellungnahme moniert. Was ist denn verhältnismässig? Es geht um die ästhetischen Auswirkungen von Littering, darum, dass Sauberkeit ein wesentlicher Bestandteil und wichtiger Aspekt für die Lebensqualität ist. Oder es geht darum, dass Littering eine optische Belästigung ist und die Qualität des Lebensraumes

beeinträchtigt. Oder es geht um ökologische Auswirkungen, darum, dass sich gelitterte Materialien nicht mehr in die Stoffkreisläufe zurückführen lassen, oder dass Littering eine Gefährdung für die Natur darstellt, insbesondere für Tiere. Oder sind etwa die ökonomischen Auswirkungen nicht verhältnismässig? Etwa, dass die Kosten sehr hoch sind für die Beseitigung, die Präventionsmassnahmen und Aufklärungskampagnen? Oder ist der sozioökonomische Schaden, zum Beispiel für den Tourismus, nicht verhältnismässig? Oder ist es einfach toll, dass wir uns auf den Abfallunterricht in der Schule verlassen können und sich regelmässig Schulkinder an Anti-Littering-Kampagnen beteiligen und Hunderttausende von Zigarettenstummeln vom Boden auflesen, welche notabene Erwachsene locker und cool zu Boden geworfen haben? Es ist wohl eher nicht verhältnismässig, die Sache schlittern zu lassen und alle negativen Auswirkungen in Kauf zu nehmen, wenn eine Sache verbessert werden kann. Tun Sie, was Sie jetzt gegen Littering tun können! Denn Bussen können das Littering reduzieren. Das behaupte nicht ich, diese Aussage kommt von einem Umweltpsychologen der ETH Zürich, Dr. Ralph Hansmann. Er hat viel zum Thema Littering in der Schweiz geforscht. Er sagt: "Vor allem an Orten, wo die Leute mit Kontrollen rechnen müssen, können Bussenandrohungen einen Effekt haben." Wenn diese Aussage nicht stimmen würde, wenn also erhöhte Bussen keine Wirksamkeit hätten, dann hätten wir auch Discountbussen im Strassenverkehr. Haben wir aber nicht. Dort gibt es einfach bequeme Überwachungsmittel. Deswegen werden viele erwischt, und für die Kasse lohnt es sich. Es gibt in jedem Beruf unbequeme Aufgaben. Es geht nicht, zu sagen, nur, weil es unbequem ist, ist es nicht möglich oder nicht wirksam. Das sind Ausreden. Es liegt einzig und allein an der konsequenten Umsetzung. Der Regierungsrat möchte dennoch lieber nichts weiter gegen Littering unternehmen. Er wartet lieber ab, bis eventuell der Bund es geschafft hat, das Bundesgesetz über den Umweltschutz um einen neuen Absatz zu erweitern. Doch man muss wissen, dass sich der Bundesrat ablehnend dazu geäussert hat und möchte, dass die kantonalen Behörden ihre Arbeit machen. Die Sache wird zum Ballspiel zwischen Bund und Kanton. Setzen wir dem ein klares Ende und machen jetzt Nägel mit Köpfen. Littering ist eine Plage. Dass hohe Litteringbussen nicht wirken, ist eine Ausrede. Dass sie aus Mitleid nicht ausgesprochen werden, ist zum Nachteil der ästhetischen, ökologischen und ökonomischen Auswirkungen. Sie, meine lieben Ratskolleginnen und -kollegen, wir im Kanton Thurgau, können jetzt etwas dagegen tun. Unterstützen Sie die Parlamentarischen Initiative. Tun Sie, was Sie jetzt und hier tun können: weniger Gift in Böden und Gewässern, weniger Schaden für Umwelt und Tiere, für eine schöne Thurgauer Landschaft.

Wüst, EDU: Ein Dank an den Regierungsrat für die Beantwortung der Parlamentarischen Initiative. Ein Dank auch an die Initiantin und die Initianten dieser Parlamentarischen Initiative. Ob die Nationalräte und Nationalrätinnen diese Vorlage über 300 Franken für ein Litteringvergehen durchbekommen, ist noch offen. Deshalb ist es wichtig,

dass wir als Kanton Thurgau dies jetzt beschliessen. Mutwilliges Littering soll geahndet werden, so, dass es zum Nachdenken verleitet. Die EDU-Fraktion würde es begrüessen, wiederholte Litteringsünder zur Litteringreinigung von Strassenrändern oder Plätzen zu verpflichten. Das hätte in unseren Augen die grössere Wirkung als Geldstrafen. Die EDU-Fraktion ist einstimmig für die Unterstützung der Parlamentarische Initiative.

Feuerle, GRÜNE: Littering ist doof und umweltschädlich und gehört darum gehörig bestraft. Wenn schon jemand beim Littering erwischt wird oder beim illegalen Platzieren von Abfall, dann soll das im Portemonnaie richtig schmerzen. Die Bussen sind zu erhöhen. Wir müssen nicht auf den Bund warten, um die Bussen zu erhöhen, und können für einmal etwas schneller sein. In Singapur zeigen hohe Litteringbussen ihre Wirkung. Singapur ist mit Abstand das sauberste Land Asiens. Kaufkraftbereinigt müssten die Bussen für Littering bei uns sogar eher zwischen 500 Franken und 1'000 Franken liegen. Die GRÜNE-Fraktion dankt für den Vorstoss und unterstützt die Parlamentarische Initiative einstimmig.

Bühler, Die Mitte/EVP: Littering ist nicht cool. Littering ist eine gesellschaftliche Frechheit, eine bodenlose, sprichwörtliche Schweinerei. Das habe ich schon bei der Interpellation "Littering – ein ernst zunehmendes Problem" im Jahr 2021 gesagt und das gilt heute immer noch. Littering, oder auf gut Deutsch "Vermüllung", verursacht eine Vielzahl von Problemen, sowohl für die Umwelt als auch für die Gesellschaft. Es führt zu Umweltverschmutzung, Gesundheitsrisiken, wirtschaftlichen Kosten, einer Beeinträchtigung der ästhetischen Landschaft und es ist eine Schädigung der Tierwelt. Littering kann für alle, gerade aber für Tiere, gefährlich sein, da sie Abfälle vielleicht fressen und sich darin verfangen können. Das Littering betrifft alle Gesellschaftsschichten, arme wie reiche Leute. Bei Litteringvergehen von gut betuchten Personen finde ich es fast noch mehr daneben, da diese damit vorgeben, als gute Steuerzahler sei ihnen fast alles erlaubt. Was es nicht ist, und was es auch nie sein darf. Gemein ist allen Litteringsündern, dass sie sich einen Deut um Tierwohl, um Naturschutz, um das Eigentum anderer und auch um Anstand bemühen. Sie haben keine Achtung vor den Schönheiten unseres Planeten und damit auch nicht vor der Gesellschaft. Im Namen der grossen Mehrheit der Fraktion Die Mitte/EVP möchten wir die Parlamentarische Initiative unterstützen. Die Stellungnahme des Regierungsrates befriedigt uns nicht ganz in allen Punkten. Natürlich wissen wir, dass die Polizei nicht zu viele freie Kapazitäten hat, um ein Hauptaugenmerk auf nur den Litteringbereich zu legen. Das ist aber auch nicht nötig. Das reine Wissen, dass bei einem Litteringvorfall nicht einfach eine 50er-Note reicht, sondern dass 300 Franken fällig werden, wird mithelfen, den einen oder anderen Sünder vorsichtig oder – in der Hoffnung – gar einsichtig werden zu lassen. Nur über das Portemonnaie lernt man falsches Verhalten von Menschen in unserer Zeit zu korrigieren. Das ist schmerzhaft. Wie aber Kantonsrätin Judith Ricklin bereits gesagt hat: Der Strassenverkehr zeigt das Problem doch

exemplarisch, dass man nur mit hohen oder noch höheren Bussen einem Missstand Herr werden kann. Unsere Fraktion ist der Meinung, dass es höhere Bussen braucht. Zur Abschreckung und überhaupt. Es braucht aber auch mehr aktive Prävention. Denn nur wer sensibilisiert ist – fast wie beim Klimaschutz oder beim Tierwohl –, der wird sein Verhalten hoffentlich irgendwann ändern. Und wer es nicht ändern will oder kann, der soll bezahlen. Auf gut Schweizerdeutsch: Der soll "blechen" dafür. Die Aussage, dass der Bund eine Anpassung des Umweltschutzgesetzes bis im Sommer 2024 auch in Betracht zieht, ehrt ihn. Aber es wäre für den Thurgau doch ein Steilpass, hier aus der Ostschweiz dem Bund einen Wink mit dem Zaunpfahl zu geben. Die Fraktion Die Mitte/EVP unterstützt deshalb diese Parlamentarische Initiative.

Leuthold, GLP: Die GLP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung. Wir teilen die Einschätzung des Regierungsrates, dass eine Erhöhung der Bussentarife das Litteringproblem nicht löst, und wir können es nachvollziehen, dass das Nachweisen von Littering in der Praxis aufwendig und ohne zusätzliche Ressourcen sehr schwierig ist. Erfreulicherweise nimmt Littering in der Tendenz seit 10 Jahren ab. Dies lässt sich im jährlichen Geschäftsbericht des Kantons im Konto des Tiefbauamtes nachlesen, wo die Kosten für den betrieblichen Unterhalt der Kantonsstrassen aufgeführt sind. Selbstverständlich missfällt es aber auch uns Grünliberalen, wenn Abfälle unsachgemäss irgendwo in der Landschaft entsorgt werden. Aber wie lässt sich dies vermeiden? Bevor wir sämtliche Strassen auf Kantonsgebiet lückenlos mit Kameras ausstatten oder eine "Littering Task Force" der Kantonspolizei mit Dutzenden neuen Vollzeitstellen einführen, um DNA-Spuren auf Zigarettenstummeln und Fingerabdrücke auf Red Bull-Dosen nachzuweisen, sollten wir uns fragen, ob es nicht auch andere Wege zum Ziel gäbe. Zielführender und nachhaltiger wäre es aus unserer Sicht, den Hebel bereits in der Erziehung unserer Kinder anzusetzen. Der national bekannte Jugendpsychologe Allan Guggenbühl sagt dazu: "Mein Eindruck ist, dass man die nächste Generation zu wenig einbindet in die Müllentsorgung. Wir müssten ihr frühzeitig die Mitverantwortung dafür übertragen." Vielleicht sollten wir uns ein Beispiel an Japan nehmen. Dort gibt es Schulen, in denen die Jugendlichen für die Müllentsorgung und Reinigung ihrer Schule verantwortlich sind. Sie reinigen sogar den Pausenplatz und die Schulzimmer. Natürlich kann und soll man die Prävention auch auf die grossen Kinder sprich die Erwachsenen ausdehnen. Mit Sensibilisierungskampagnen zum Thema Littering liesse sich auch diese Bevölkerungsgruppe ansprechen. Aus Sicht der Grünliberalen stellt das Anliegen der Initianten kein probates Mittel zur Problemlösung dar. Zudem ist auf Stufe Bund eine übergeordnete Regelung absehbar. Wir lehnen deshalb die Vorlage einstimmig ab.

Strähl, FDP: Littering ist eine Schweinerei, Littering ist schädlich für die Umwelt und kann vor allem absolut fatal für Tiere sein. Deshalb ist Littering auch strafbar. Meine eigenen Beobachtungen zeigen, dass insbesondere bei kleineren Litteringverstössen ger-

ne weggeschaut wird, sei es von der Bevölkerung, aber auch von der Polizei. Wir hätten bereits jetzt das Instrument, um Bussen ausstellen zu können, man sollte es einfach konsequent und halt auch im Kleinen anwenden. Ich habe beobachtet, dass an der WEGA sehr viel Abfall am Boden liegt. Unser Kanton könnte sich bei der Verteilung von Bussen ziemlich gut sanieren. Es wird aber nicht gemacht. Nun möchten die Initianten dem Problem des Litterings mit einer Bussenerhöhung auf 300 Franken begegnen. Aber lösen wir damit das Problem? Es ist ein Trugschluss, dass gesellschaftliche Probleme über das Strafrecht gelöst werden können. Wir können nicht Mord und Totschlag, Einbrüche, Betrügereien, und auch nicht das Littering mit hohen Strafandrohungen verhindern. Die Wissenschaft, die Kriminologen, sind sich einig. Es gibt bis jetzt keine Anhaltspunkte, dass sich die Höhe der angedrohten Strafe präventiv auf das Verhalten von uns allen auswirkt. Einen weitaus grösseren Einfluss hat das Verhalten des eigenen Umfelds wie Freunde, Bekannte, die voraussichtlichen Reaktionen dieses Umfelds oder auch die teils nicht vorhandene moralische Verbindlichkeit, sich an Regeln zu halten. Wenn wir der Littering-Problematik begegnen möchten, dann haben wir dieses Problem auf der gesellschaftlichen Ebene zu lösen. In der Schule, mit intensiveren Kampagnen oder eben mit einem Fingerzeig von uns allen auf den Sünder. Ich komme zum Schluss, dass wir mit einer Bussenerhöhung das Problem nicht lösen. Ich komme aber auch zum Fazit, dass wir mit der Bussenerhöhung an einem anderen Ort Probleme schaffen. Wird jemand beim Littering erwischt, so bezahlt er oder sie heute eine Busse von 50 Franken. Das tut weh, und wir hoffen alle, dass daraus die Lehren gezogen werden. Wäre die Busse 300 Franken, kann diese von ganz vielen Leuten in diesem Land nicht einfach so bezahlt werden. Dann darf sich unsere Staatsanwaltschaft oder die Polizei im Rahmen von ordentlichen Strafverfahren mit weggeworfenen Zigarettensummeln, liegengelassenen Essensresten oder Kaugummispuckern befassen. Ich sehe täglich, wie derzeit unsere Staatsanwaltschaften am Limit laufen, wie viele Jahre die Kriminellen auf eine Verurteilung warten und weiter delinquieren. Ich sehe auch, dass Straftaten ungesühnt verjähren, weil die Kapazitäten bei den Strafverfolgungsbehörden schlichtweg fehlen. Mir ist es lieber, wenn sich unsere Strafverfolgung denjenigen Personen widmen kann, welche sich in hohem Masse gesellschaftsschädigend verhalten, sei es durch Einbrüche, Körperverletzungen usw. Belasten wir unsere Behörden nicht noch mehr mit störenden Litteringsündern, sondern packen wir das Problem mit echter Präventionsarbeit, mit Zivilcourage und mit kleinen, aber konsequenten Strafen an. Die FDP-Fraktion wird deshalb die Parlamentarische Initiative einstimmig ablehnen.

Hess, SP: Littering ist absolut inakzeptabel. Die SP-Fraktion folgt hier aber der Regierung grossmehrheitlich und kann diese Parlamentarische Initiative nicht unterstützen. Wir können grundsätzlich nur wiederholen, was in der Antwort der Regierung steht. Höhere Bussen sind in diesem Fall keine Abschreckung, da die Gefahr, eine zu erhalten, so gering ist. Wir bräuchten deutlich mehr Personal, um dies so umzusetzen. Wer soll dies

bezahlen? Im Hinblick auf das aktuelle Budget erspare ich mir da weitere Worte. Überwachungstechnik für Littering wäre wiederum unverhältnismässig. Weiter ist auch der Bund aktuell gerade dabei, diese Forderung umzusetzen. Wir stimmen zu, Littering ist ein Problem. Die Frage, die sich uns allen hier stellt, ist: Wie lösen wir diese Problematik? Ich habe mich etwas erkundigt. Es gibt sehr erfolgreiche Projekte, von einem möchte ich kurz berichten. In Schübelbach im Kanton Schwyz ist man sehr erfolgreich mit der Raumpatenschaft unterwegs. Dabei werden Personen eingesetzt, die mit Kübeln, Handschuhen und Zange ausgerüstet einen fixen Raum übernehmen und diesen reinigen. Die Hürde, Abfall wegzuwerfen, ist grösser, wenn es an einem Ort schon sauber ist. Der erste Verschmutzer oder die erste Verschmutzerin zu sein, ist schwieriger als die x-te. Es gibt weitere Versuche. So ist man in Zürich seit neuestem mit roten Kübeln unterwegs, und in Basel belohnt ein Fotograf die Personen, die ihren Abfall richtig entsorgen, mit kunstvollen Bildern. Hier sind innovative Ideen gefragt. Eine Gesetzesänderung wird dieses Problem nicht lösen. Wir sind sehr gerne bereit, mit neuen Ideen und Ansätzen mitzuarbeiten, um den Thurgau auch in Zukunft zu einem saubereren Kanton zu machen. Die vorliegende Initiative scheint uns aktuell aber nicht der richtige Weg zu sein.

Bachmann, SVP: Littering ist ein grosses Problem. Für viele Fussgänger ist der Abfall am Wegrand unsichtbar geworden. Man hat sich an den Anblick gewöhnt. Für Autofahrer ist der Abfall durch die hohe Geschwindigkeit und die nötige Aufmerksamkeit auf den Strassenverkehr nicht erkennbar. Für Land- und Waldbesitzer, deren Parzelle an Wege oder Strassen grenzen, ist der Abfall jedoch sehr gut sichtbar und für viele Tiere auch schmerzhaft spürbar. Als Teilnehmerin am nationalen Clean-up-Day half ich gemeinsam mit unserem Grossratspräsidenten und weiteren – sehr wenigen – Freiwilligen, Abfall aufzusammeln. Unzählige Land- und Waldbesitzer oder Landwirte tun dies während vieler nicht verrechenbarer Stunden das ganze Jahr über. Der entstehende Schaden und Aufwand, ohne Berücksichtigung der Verfolgung von Abfallherkunft und Überwachung des Kantonsgebietes, kostet bereits heute sehr viel Geld. Ich empfinde 50 Franken Ordnungsbusse für das Wegwerfen von Kleinabfällen oder Essensresten als unverhältnismässig tief im Verhältnis zum möglichen Schaden, der daraus resultieren kann. Was Zigarettenstummel, Dosen, Glassplitter oder Plastik für Schäden anrichten können, wissen wir bereits. Was viele noch nicht wissen, ist die Gefahr, die von Essensresten, zum Beispiel von einem Salamisandwich, das mit dem Erreger der Afrikanischen Schweinepest verseucht ist, ausgehen kann. Der Schaden für die Umwelt und die Landwirtschaft ist dann als sehr hoch zu beziffern. Dagegen sind 50 Franken Ordnungsbusse lachhaft tief. Eine Ordnungsbusse bei Littering soll hoch sein. Die Ordnungsbusse kann im Gegensatz zu einem Strafverfahren unkompliziert erteilt werden. Es muss schmerzen, wenn jemand erwischt wird. Es geht hier in erster Linie um eine präventive und abschreckende Wirkung einer hohen Ordnungsbusse und nicht darum, einen Überwachungsstaat zu schaffen. Auf nationaler Ebene ist das Thema Littering am falschen Ort thematisiert. Dies ist

Sache der Kantone und Gemeinden. Darum macht es keinen Sinn, auf den Entscheid der nationalen Debatte zu warten. Littering und seine Folgen müssen viel mehr auf kantonaler und Gemeindeebene behandelt werden. Die Kommunikation zwischen Werkhöfen und der Polizei könnte verbessert werden. Die Mitarbeiter der Werkhöfe wissen genau, wo und in welchen Zeiträumen Littering erfolgt. Die Gemeinden sollen an Versammlungen, per Informationen über Homepages, Flugblätter oder an Anlässen Informationen über Littering und dessen Folgen präventiv streuen. Die Zusammenarbeit seitens Kanton muss mit entsprechenden Verbänden gesucht werden. Die SVP-Fraktion hat sich in diesem Geschäft, entgegen der Empfehlung des Regierungsrates, für eine Unterstützung der Parlamentarischen Initiative ausgesprochen.

Schmid, SVP: Der Regierungsrat behauptet, auf Bundesebene laufe ein Gesetzgebungsprojekt, das eine einheitliche Litteringbusse von 300 Franken einführen wolle. Das ist so nicht richtig. Es läuft zwar ein Gesetzgebungsprojekt auf Bundesebene, das wurde von der zuständigen Kommission angestossen, aber es ist auch hochumstritten, und vor allem, und das ist das Wichtigste, es geht darum, eine Rechtsgrundlage zu schaffen für Litteringbussen bis zu 300 Franken. Bis zu 300 Franken und nicht von 300 Franken. Es kann keine Rede davon sein, dass auf Bundesebene ein Gesetzgebungsprojekt läuft, das einheitliche Litteringbussen von exakt 300 Franken einführen will, das ist so nicht korrekt. Und an die Adresse der FDP- und GLP-Fraktion: Es geht hier nur um Ordnungsbussen, es geht nicht um neue Straftatbestände. Die Verfahren werden nicht komplizierter, wenn man die Ordnungsbussenschwelle erhöht. Die Ordnungsbussen sind ein sehr schlankes Verfahren. Es wird viel schlanker abgehandelt, als wenn jetzt zum Beispiel heute die angemessene Busse 200 Franken wäre, dann müsste ein Strafverfahren durchgeführt werden. Und wenn die angemessene Busse zukünftig 200 Franken ist, dann geht es mit einer Ordnungsbusse. Das ist ein Einzahlungsschein und dann ist es erledigt. Das ist eine Form der Regulierung quasi, das ist wirklich einfacher. Auf den Bund warten ist sicher nicht das Richtige, ich glaube, wir müssen jetzt handeln.

Schär, SVP: Als Mitinitiant danke ich dem Regierungsrat für die Stellungnahme. Die Regierung geht in ihrer inhaltlichen Beurteilung mit uns einig. Littering ist ungehörig, störend und kostenintensiv. Im Weiteren wird uns erklärt, was alles aus Sicht der Regierung eine Erhöhung der Litteringbussen auf 300 Franken erschwert, obwohl dies zum Beispiel in den Kantonen Aargau und Luzern bereits umgesetzt wird. In der Zusammenfassung werden wir ein weiteres Mal auf später vertröstet. Ziemlich mutlos schreibt der Regierungsrat, dass er sich auf kommendes Bundesrecht abstützen will. Ein Termin oder eine Jahrzahl für die Umsetzung einheitlicher Litteringsbussen von 300 Franken auf Bundesebene ist in der Stellungnahme der Regierung aber nicht zu lesen. Erlauben Sie mir kurz, wieder einmal aufzuzeigen, was Littering für mich, für uns als Landwirte, heisst: Letzte Woche 1:1 live erlebt, Tatort Hauptstrasse Erlen Richtung Amriswil. Montagnach-

mittag: Gras gemäht und dabei auch etliche Aludosen zerschnitten. Dienstagnachmittag: Gras zetzen und dabei fünf weitere Aludosen und diverse Verpackungsmaterialien, unter anderem von McDonalds, aus dem Futter aufgelesen. Mittwochvormittag: wieder zetzen, wieder sieben Aludosen und wieder Verpackungsmaterial aus dem Futter herausgenommen. So kann das doch nicht weitergehen. Wir sind doch nicht der Abfallkübel der Nation! Für mich ist es nach wie vor ein Rätsel, warum Abfälle, Aludosen, Flaschen und Verpackungen aus dem Auto oder dem Lastwagen auf die Wiesen und Felder geworfen werden. Warum hinauswerfen, warum nicht nach Hause nehmen und entsorgen, wie es sich gehört? Warum hinauswerfen und die Umwelt zum Teil auf Jahrzehnte hinaus belasten? Warum hinauswerfen und damit beim Kanton zusätzliche Arbeit und unnötige Kosten von bis zu einer halben Mio. Franken im Jahr verursachen? Und warum diese Gleichgültigkeit gegenüber Landbesitzern, den Tieren und der Umwelt? Wir haben heute die Chance, ein Zeichen zu setzen. Warten wir nicht, bis der Regierung aus Bern gesagt wird, was sie gegen Littering zu tun hat und wie hoch Litteringbussen dann sein dürfen. Zeigen Sie Mut und unterstützen Sie die Parlamentarische Initiative.

Ricklin, SVP: Ich möchte auf drei Voten eine Rückmeldung geben. Die GLP-Fraktion hat die Kinder, die Schulen und den Pausenplatz erwähnt, dass die Schulen mehr machen müssten. Ich bin seit dreissig Jahren Kindergärtnerin und Primarlehrerin. Seit dreissig Jahren erziehen wir die Kinder in Schulen zur Sauberkeit und zur Mülltrennung. Die Pausenplätze werden regelmässig gesäubert. Die Kinder wissen, dass der Abfall nicht auf den Boden gehört. Sie lernen das von Kindergarten an. An den Kindern liegt es nicht. Es liegt an den Erwachsenen und zwar jenen, die in den Autos fahren und hemmungslos ihr Zeug hinausschmeissen. Zur Rückmeldung der FDP-Fraktion: Das Hauptproblem liegt nicht in den Städten, sondern auf dem Land. Die Abfälle werden zum Auto hinausgeworfen, und die sind dann "vom Winde verweht". Das macht Probleme in Natur, Umwelt und bei den Tieren. Dass ein Grund sein kann, dass 300 Franken für manche zu viel sind, zu bezahlen: Was ist denn das für ein Signal? Das kann nicht sein, dass man dann sagt, ich habe kein Geld, sorry, ich kann jetzt tun und lassen, was ich möchte. Die dritte Rückmeldung: Ja, die Raumpatenschaften. Das geht an die SP-Fraktion: Ich habe das auch gelesen. Das ist natürlich eine Möglichkeit, Gebiete sauber zu halten. Aber es geht nicht um Überwachung. Das ist mir noch wichtig. Es soll darum gehen, dass das hemmungslose Wegwerfen, gerade aus den Autos, eingedämmt wird. Dass einem bewusst sein muss, wenn ich erwischt werde, dann wird es richtig teuer. Und so ist es doch auch bei den Bussen im Strassenverkehr. Wenn du erwischt wirst, dann tut es weh. Darum geht es.

Stokholm, FDP: Nach diesen engagierten Voten aus den Reihen der SVP stelle ich die Frage zurück: Wie wollen Sie das Problem tatsächlich lösen ohne Überwachung? Sie schildern, dass der Abfall aus den Autos geworfen wird. Wie in aller Welt soll die Polizei

oder sonst jemand diesem nachgehen? Ich erzähle jetzt, wie das in der Stadt Frauenfeld kürzlich diskutiert wurde an einem Runden Tisch "Bahnhofareal". Dort wurde auch von einem Liegenschaftseigentümer moniert, dass sehr viel Littering stattfindet und nichts dagegen gemacht werde. Wir sollten doch seitens der Stadt, ähnlich wie bei den Parkbussen in anderen Städten, Leute – am liebsten Frauen, hat er gesagt – anstellen, die dann im Stundenlohn herumgehen und Bussen verteilen. Die Diskussion mit Leuten aus der Sicherheitsbranche, die dort auch dabei waren, machte diesem Liegenschaftseigentümer deutlich, wo die Schwierigkeiten liegen, nämlich bei der Umsetzung. Wenn jemand in flagranti erwischt wird, dann muss zunächst einmal überhaupt die Erlaubnis oder die Kompetenz vorliegen, diese Person zu büssen. Die haben nicht sehr viele, die Polizei ist da gefragt. Wenn die Polizei etwas sieht, dann macht sie eine Güterabwägung, weil sie noch einige andere Aufgaben hat. Zum Beispiel wägt sie bei einer Gruppe von 10 bis 20 Jugendlichen ab, wenn sie mit einer Zweierpatrouille unterwegs ist, ob sie da nachts um zwei Uhr zu denen hingehen und sagen will: "Bitte auflesen". Sie macht es nicht. Sie fragt sich, ob sie drei weitere Patrouillen rufen soll, um es tun zu können. Aber auch das macht die Polizei eher nicht, weil der Aufwand nicht verhältnismässig ist. Wir lösen das Problem nicht mit zusätzlichen Bussen. Wir lösen es – wenn überhaupt – mit Präventionskampagnen und mit Sensibilisierung. Ich gebe Ratskollegin Judith Ricklin recht: Das muss sich nicht nur an die Kinder und Jugendlichen richten, sondern auch und gerade an die Erwachsenen. Und weshalb sind die 300 Franken, damit das auch klargestellt ist, etwas anderes als die 50 Franken? Wenn man die 300 Franken nicht gerade im Sack hat, dann geht man nach Hause und erhält eine Rechnung. Die bezahlt man oder eben nicht, und dann gibt es ein Strafverfahren. Das war es, was Fraktionskollegin Michèle Strähl vor allem aufgezeigt hat: Der Aufwand für das Eintreiben, für das rechtmässige Durchsetzen, ist nicht verhältnismässig. Deshalb bitte ich Sie, sich wirklich gut zu überlegen, ob Sie so etwas noch hineinschreiben wollen. Gut, es wird nichts nützen, und wir werden in fünf Jahren wieder hier stehen und darüber lamentieren, dass es nichts genützt hat.

Leuthold, GLP: Ich möchte mich gerne meinem Vorredner anschliessen, sein Votum kann ich unterstützen. Es gibt Parteien, die sind bereits im Nationalrat vertreten. Seien Sie doch konsequent. Wenn Sie wirklich Ihren Einfluss im nationalen Parlament geltend machen möchten, dann lösen Sie das Problem doch bitte bei der Wurzel: Verboten Sie Einweggebinde, verbieten Sie Fastfoodketten, verbieten Sie Aludosen und PET-Flaschen. Das Rauchen gehört sowieso verboten, dann haben wir das Problem mit den Zigarettenstummeln auch gelöst. Und in letzter Konsequenz: Verboten Sie das Autofahren, dann wird niemand mehr seinen Aschenbecher oder seinen Abfall aus dem fahrenden Fenster werfen. Bitte seien Sie konsequent, wenn Sie schon verbieten möchten, dann machen Sie es grad richtig.

Regierungsrat **Dr. Diezi**: Littering, das Thema bewegt. Das ist nicht erstaunlich, denn in der Beurteilung der Situation haben wir meines Erachtens da drinnen überhaupt keine Differenzen. Littering ist eine Plage unserer Zeit, es ist eine "Sauerei" und wir können das in keiner Art und Weise gutheissen und tolerieren. Wir sind der Auffassung, dass wir aktuell im Rahmen unserer Ressourcen auch alles tun, um das Littering zu ahnden, wenn wir es dann eben feststellen können. Wir sind auch gerne bereit, den Bussenkatalog zu überarbeiten und auch tendenziell zu verschärfen, wir haben das ausgeführt. Ich stelle fest, dass das vielen hier im Rat nicht genügt. Ich stelle weiter fest, dass sehr grosse Hoffnungen in die Verschärfung des Strafrahmens beziehungsweise in diese neue Einheitsstrafe von 300 Franken gesetzt werden. Der Regierungsrat teilt diese Hoffnung nicht und ich erlaube mir dazu drei Punkte: Es wurde verschiedentlich ausgeführt und wir teilen diese Auffassung: Wir haben ein gesellschaftliches Problem. Hier hat in den letzten Jahren, oder Jahrzehnten muss man wahrscheinlich sagen, ein Wertewandel in die falsche Richtung stattgefunden. Es wäre vor dreissig, vierzig Jahren wirklich noch unvorstellbar gewesen, dass man Abfall einfach aus dem Auto hinauswirft. Eine solche Entwicklung müsste man eben wieder in die andere Richtung umdrehen. Und hier wird auch schon einiges gemacht. Kantonsrätin Judith Ricklin hat das zu Recht aufgeführt, gerade in den Schulen wird viel getan. Aber es braucht eben noch viel mehr. Auch diese Kampagne – ich glaube, sie ist vom Bauernverband – ist sehr sinnvoll. Hier weist man auf die Konsequenzen dieses Litterings hin, gerade für die Landwirtschaft und für die Tiere. Es sind wirklich alle gefordert, überall, wo wir sind, darauf hinzuweisen, dass es so nicht geht, und auch Leute konkret anzusprechen. Hier braucht es wirklich Zivilcourage. Das ist nicht immer so einfach, und manchmal ist es sogar gefährlich. Aber wir bekommen eine solche gesellschaftliche Fehlentwicklung nur in den Griff, wenn wir sie wieder umkehren. Das ist der Hauptpunkt. Das Problem ist sehr schwierig, komplex und sicher auch keine Sache von kurzer Zeit. Man will etwas tun, ein Zeichen setzen. Da ist die Versuchung nun gross, hinzugehen und diese Strafdrohung zu verschärfen auf 300 Franken, damit das endlich das richtige Etikett bekommt. Es ist strafbar, das ist auch wichtig, und eine Aussage. Aber wenn jetzt hier die Hoffnung auf diese erhöhte Strafdrohung gesetzt wird, dann muss ich die einfach leider enttäuschen. Es ist schon ausgeführt worden: Es ist in der Kriminologie völlig herrschender Stand, dass Sanktionen letztlich austauschbar sind. Aus Sicht des Täters kommt es einzig und allein darauf an, wie gross das Entdeckungsrisiko ist. Wenn der Täter, wie es im Littering eben leider der Fall ist, praktisch mit Sicherheit davon ausgehen kann, dass er nicht erwischt wird, dann spielt es keine Rolle, ob auf diesem Delikt eine Strafe von 50, 200 oder 300 Franken, Freiheitsstrafen oder von mir aus gar die Todesstrafe steht, das ist irrelevant für den Täter. Entscheidend ist das Entdeckungsrisiko. So ist das leider. Jetzt wird auch ausgeführt, dass wir aktiver werden sollten, dass hier zu wenig gemacht und zu viel weggeschaut werde, man müsse mehr überprüfen, Überwachungsanlagen anbringen etc. Wenn wir wirklich signifikant mehr Litterer zur Strecke bringen wollen, dann müssten wir unsere

Anstrengungen in einem Ausmass erhöhen, bei dem wirklich kein vernünftiger Zusammenhang mehr zwischen Aufwand und Ertrag liegt. Bei einer Überwachung muss irgendjemand diese stunden- oder monatelangen Aufzeichnungen auswerten. Dann sieht man vielleicht nach Monaten einmal einen. Der Deliktsvorgang geht in der Regel fünf Sekunden. Da müsste man dann zur Stelle sein und den auch noch anhalten können. Das wurde hier alles ausgeführt. Ja, es ist ein Stück weit frustrierend, mit dem Strafrecht alleine werden wir das Problem nicht in den Griff bekommen. Sie wollen ein politisches Zeichen setzen. Ich befürchte halt schwer, dass die Botschaft beim Adressatenkreis nicht ankommen wird. Und wenn Sie schon ein Zeichen setzen wollen, dann lassen Sie doch den Bundesgesetzgeber dieses setzen.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

Abstimmung: Der Rat beschliesst mit 68:40 Stimmen bei 8 Enthaltungen, der Parlamentarischen Initiative die vorläufige Unterstützung zu gewähren.

Präsident: Das Büro wird die Initiative einer Kommission zur Vorberatung überweisen.